

Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern
Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition:
Berlin W. 57, Winterfeldt-Strasse 24.
Korrespondenz: Amt Lägow, Nr. 2746.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 4. Februar 1916.

Erscheint alle Monate, am 1. Freitag.
Bezugspreis inklusive „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Inhalt: Mehr Agitation von Mund zu Mund! — Die Kranken- und Pflegeanstalten Groß-Berlins im Jahre 1915. — Die Feuerungs- zulage in den oberbayerischen Heil- und Pflegeanstalten. — Im Hauptverbandplatz an der Front. — Aus unserer Bewegung. — Aus der Praxis — Rundschau.

Darum erneuern wir unsere Mahnung: Seid reg-
sam! Agitiert, wo irgend Gelegenheit! Es
ist eure Sache, für die Ihr tretet!

Mehr Agitation von Mund zu Mund!

Wohl in keinem Betrieb der Stadtgemeinde hat der Krieg so weitgehende Umwälzungen hervorgerufen, als in der Krankenpflege. Wo irgend angängig, wurden die „Veichkranken“ entlassen, um Platz für Verwundete und Kriegsverletzte zu schaffen. Manche Krankenhäuser sind völlig in Militärkassette umgewandelt worden.

Auch die ungeheure hohe Zahl der Eingezogenen ist einzig in ihrer Art und hat das Arbeitsverhältnis nach vielen Richtungen hin empfindlich verändert. Vor allem ist der Ersatz der männlichen Pfleger usw. durch weibliche in ausgedehntem Maße erfolgt.

So sollte man also annehmen, daß unsere Reihen im Verbands durch weibliche Mitglieder in so starkem Maße wieder geschlossen werden, daß kein Anlaß besteht, über Organisationsrückgang zu klagen.

Wohl gibt es solche Anstalten (wie z. B. Buhl- garten bei Berlin), aber im ganzen haben wir doch den Rückgang unserer Sektion von 3500 auf die Hälfte seit Kriegsausbruch erleben müssen.

Das ist in diesen unerfreulichen Zeiten ein ganz be-
sonders unerfreulicher Vorgang.

Dabei haben wir an fast allen Orten so viel Beschwerden und Klagen gehört, daß der Grund für die auffällige Laubheit mancher Kolleginnen wahrlich nicht ersichtlich ist.

Gewiß kann gegenwärtig der Außenapparat der Gewerkschaften (Versammlungen usw.) nicht in dem Maße wie in Friedenszeiten wirken.

Andererseits können aber auch weniger denn je all die wichtigen Entschuldigungsgründe herhalten, die schon in Friedenszeiten eine so zweifelhafte Rolle spielten.

So können wir auch heute nur unseren Appell erneuern, die Agitation von Mund zu Mund mehr als bisher zu pflegen.

Die Gelegenheit zum Austritt und Erwecken der In-
differenten ist da, es fehlt nur an der Energie des einzelnen, sich der Kolleginnen mehr denn je anzunehmen.

Deute, wo die äußeren Zerstörungen, wie Tanz usw., doch nicht entfernt die Rolle spielen als einstmals, wo jeder durch eigenes Leid oder Anteilnahme am Leid anderer die durchdringlichen Kriegswirkungen mitfühlt, wird er auch stärker empfänglich für unsere Bestrebungen, die nicht nur jetzt den einzelnen Kolleginnen vielfach unmittelbar Hilfe brachten, sondern die auch für die Zukunft unseres Berufes die einzige zielfähige Besserung bringen.

Die Kranken- und Pflegeanstalten Groß-Berlins im Jahre 1915.

Wenn wir in unserem Bericht über die Mitgliederbewegung des Jahres 1914 eine durch die Kriegswirkungen hervorgerufene Abnahme unseres Mitgliederbestandes feststellen mußten, so können wir vom Jahre 1915 zu unserer Freude berichten, daß — trotzdem die Einberufungen bis zum heutigen Tage noch nicht aufgehört haben — die Mitgliederzahl unserer Sektion von 441 auf 481 gestiegen ist. Allerdings war die Bewegung in den einzelnen Anstalten sehr verschieden voneinander. Während in einigen Anstalten, bedingt durch die Einziehung sämtlicher Vertrauensleute und älterer Mitglieder, die Agitationsarbeit gänzlich eingestellt werden mußte und der Mitgliederstand ganz rapide herabsank, ist in anderen Anstalten in Bezug auf die Werbetätigkeit geradezu Hervorragendes geleistet worden.

Das Bestreben des Berliner Magistrats, den überall sich bemerkbar machenden Pflegemangel durch Einstellung von Pflegerinnen abzuheben, führte dahin, daß bei der Agitation vorwiegend Rücksicht auf das weibliche Personal genommen werden mußte. Hier hat besonders die Anstalt Buhlgarten sich hervorgetan. Am Anfang des Berichtsjahres waren in der Anstalt 80 Beschäftigte organisiert. Dadurch, daß sich die Vertrauensleute bei der Agitation vorwiegend an das weibliche Personal wandten, gelang es, den Erfolg zu erzielen, daß am Schlusse des Jahres 1915 171 Mitglieder gezählt werden konnten, was eine Zunahme von 82 Mitgliedern bedeutet. Es wurden in Buhlgarten allein 164 Aufnahmen gemacht, denen 82 Austritte, hervorgerufen durch die in den Anstalten übliche Rotation, gegenüberstanden. Im Kaiser und Kaiserin Friedrich-Mindertraufenhanse, wo erst im Jahre 1913 die Agitationsstätigkeit einsetzen konnte, war ebenfalls ein erfreulicher Zuwachs von 21 Mitgliedern zu verzeichnen, während im Schöneberger Krankenhaus eine Zunahme von 11 Mitgliedern festzustellen war.

Eine nicht zu unterschätzende Hilfe bei der Agitationsarbeit leisteten uns auch im verflohenen Jahre die Maßnahmen der einzelnen Verwaltungen dem Personal gegenüber. Der am 4. Januar vom Magistrat erlassene Aufruf, „für die Sicherstellung der Nahrung des deutschen Volkes und für ein erfolgreiches Durchhalten . . . den Verbrauch an Nahrungsmitteln, insbesondere an Brot und anderen Nahrungsmitteln, auf das Sparsamste zu bemessen“, hat ungeahnte Wirkungen hervorgerufen. Die Beschränkung in den Anstalten, die auch in Friedenszeiten dauernd zu Magen Veranlassung gab, verschlechterte sich mehr und mehr, so daß wiederholt energische Vorstellungen bei den Anstaltsleitungen notwendig waren, um den schlimmsten Nahrungsmittelmangel abzuheben. Wie weit man in dieser Beziehung in den einzelnen Anstalten gegangen ist, beweisen die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ und in der „Sanitätswarte“ über die „Unterernährung in den Berliner Irrenanstalten“. Infolge dieser Sachlage waren die Kollegen und Kolleginnen gezwungen, einen erheblichen Teil ihres Parteieinkommens für Nahrungsmittel aufzugeben, und es war da-

her nicht mehr wie billig, daß auch das in den Anstalten beschäftigte und verpflegte Personal bei der im April vom Berliner Magistrat gewährten Teuerungszulage mit einbegriffen wurde.

Bei der ab 1. Dezember gewährten Teuerungszulage scheint der Magistrat allerdings wieder zu seiner alten Anschauung, daß das von den schützenden Anstaltsmauern umschlossene und aus den großen Kesseln der Anstaltsküchen verpflegte Personal vor der schwereren Not der Teuerung sorgfältig geschützt ist, zurückgekehrt zu sein. Es dürfte nämlich sein, wenn sich das Personal auch dort, wo bisher ein fester Zusammenschluß nicht zu erzielen war, der Notwendigkeit einer geschlossenen Organisation bewußt wird, damit gegen derartige Auffassungen Front gemacht werden kann und im gemeinsamen Zusammenarbeiten im laufenden Jahre das erreicht wird, was im verflienen Jahre verwehrt wurde.

R. Friedrich.

Die Teuerungszulage in den oberbayerischen Heil- und Pflegeanstalten.

Wie in allen anderen Berufen, vermochte die Teuerung auch bei dem Anstaltspersonal nicht halt zu machen. Sie haben, soweit sie verheiratet sind, die teureren Lebensverhältnisse genau so zu bestreiten, wie alle anderen Beamten, Bediensteten und Arbeiter. Das ledige Personal, welches in der Anstalt Kost- und Wohnung hat, mag dabei etwas billiger als das verheiratete Personal wohnen, hienemalen letztere geradezu doppelten Haushalt zu führen haben. Aber immerhin bedeutet die Teuerung aller Art für das Gesamtpersonal besondere Auslagen, die durch Schaffung von Meidung usw. nicht leicht umgangen werden können. Das Personal in den oberbayerischen Anstalten wandte sich denn auch unterm 25. Mai 1915 an die M. Anstaltsdirektionen mit dem Ersuchen, sie wollen in Anbetracht all der Teuerung eine Teuerungszulage gewähren. Diesem Ersuchen wurde leider nur insofern stattgegeben, als das oberbayerische Anstaltspersonal unter den gleichen Voraussetzungen wie die Staatsarbeiter die Teuerungszulage erhalten soll. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 51, 1915.) Dort war das Jahres-einkommen auf 1600 M. festgesetzt, und wer darüber hinaus verdiente, konnte keine Teuerungszulage erhalten. Es ist klar, daß es nur wenige von dem Gesamtpersonal waren, die die Teuerungszulage erhalten konnten. Dagegen erhielten die Anstaltspfleger schon im April 1915 eine monatliche Zulage von 30 M. bezahlt. So kam es vor, daß das ständige, noch nicht etatsmäßige Personal zum Teil hinter dem Anstaltspersonal beizulager wurde. Da inzwischen aber die Preistreibererei auf dem Gebiete der Lebensmittelpflege lustig weiter ging, wandte sich unser Verband unter dem 30. Oktober 1915 an die M. Kreisregierung von Oberbayerern und an den Landrat, sie wollen beschließen:

Im Hauptverbandplatz an der Front.

Im Sommer war es, im letzten, vergangenen. Tag für Tag ging es vor, Gefechte und Vormarsch, jeder Tag hatte sie uns gebracht. Wenn wir erst die Weichsel haben, dann wird wohl Schlachtfeld sein, war die allgemeine Ansicht. Die Brückenköpfe von Zwangorod waren gestürmt, Stellungen, von den Russen monatelang vorher ausgebaut, genommen, bei denen man nachher staunte, wie es möglich gewesen war, dort hineinzukommen; aber weiter ging es, unaufhaltsam weiter durch die reiche Weichselniederung, bis eines Mittags uns wieder der Befehl traf: „Der erste Zug der Sanitätskompanie A... schlägt sofort Hauptverbandplatz auf in der Stadt M...“ Also weiter vor, die Karten wurden befragt, M. liegt 2 Kilometer von der Weichsel. Noch eine Stunde im glühenden Sonnenbrand und wir sind am Ziel. Eine Judenstadt, wie wir sie schon so viel gesehen hatten, Holzhäuser, die von außen ganz schmid aussehen und die innen von Schmutz und Ungeziefer starrten, von ihren Bewohnern verlassen, bei der eiligen Nacht alles durcheinander geworfen.

„Die Meierbeforsporalschaft schlägt das Verbandzelt auf, die nächsten sechs Säuer werden zur Aufnahme von Verwundeten eingerichtet, so und soviel Patrouillen und so und soviel Wagen machen sich zum Holen der Verwundeten bereit. Das Gepäc und alles, was außer Stroh auf dem Wagen liegt, auf einen Haufen auf dem Hauptplatz (Sandplatz wäre richtiger) zusammenlegen.“ So heißt der Befehl. Alles rennt durcheinander, jeder tut sein Teil, das Chaos entwirrt sich, die Wagen stehen fertig zur Abfahrt. Ein Allieger fahrt über uns; mit einemmal zwei Detonationen, die so

1. Dem Personal in den oberbayerischen Heil- und Pflegeanstalten wolle eine Teuerungszulage nach folgender Grundsätze gewährt werden: a) alleinstehenden und verheirateten Beschäftigten ohne Minder monatlich 6 M.; b) für jedes Kind im Alter unter 16 Jahren täglich 15 Pf.

2. Die noch nicht etatsmäßigen Pfleger, welche monatlich unter 100 M. Gehalt beziehen, erhalten eine Gehaltszulage von 15 Proz. ihres jährlichen Einkommens.

Auf diese Anträge bin lief bei der Verbandsleitung seitens der M. Kreisregierung von Oberbayerern folgendes Antwortschreiben ein:

„Nach Einnahme des ständigen Landratsausschusses wird bezüglich der Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an das Personal der oberbayerischen Heil- und Pflegeanstalten nachstehendes bestimmt: 1. Die Einkommensgrenze für die Gewährung von Kriegsteuerungszulagen wird von 1600 M. auf 2100 M. erhöht; 2. Die etatsmäßigen verheirateten Pfleger und Bediensteten erhalten eine Teuerungszulage für den Hausstand von monatlich 6 M., welche sich für jedes Kind unter 15 Jahren um monatlich 4 M. erhöht; 3. Die gleiche Teuerungszulage erhält das verheiratete Tagelohn-, Aushilfs- und Ersatzdienstpersonal; 4. den verheirateten etatsmäßigen Pflegern unter 100 M. monatlichem Vereinkommen wird eine monatliche außerordentliche Zulage von 15 M. auf Kriegsdauer neben der allgemeinen Kriegsteuerungszulage gewährt; 5. das verheiratete Ersatzpflegepersonal, welchem bereits ab 1. April 1915 eine Teuerungszulage von monatlich 30 M. gewährt wurde, hat eine weitere Teuerungszulage nicht zu beanspruchen; 6. dem ledigen Pfleger- und Dienpersonal, welches in der Anstalt befristet wird und keinen Haushalt zu führen hat, kann eine Teuerungszulage nur in besonders berücksichtigungswerten Fällen der auf Antrag der M. Anstaltsdirektion durch die M. Regierung bewilligt werden. 7. Die vorgenannten Teuerungszulagen werden mit Andwirkung ab 1. November 1915 gewährt.“

J. R. gez. von Besnard.“

Sind diese Beschlüsse auch nicht all unseren Erwartungen angepaßt, so bringen sie dem Gesamtpersonal doch wesentliche Besserstellungen. Leider hat man das ledige Personal wieder einmal ausgeschaltet. Dies ist um so bedauerlicher, als ja auch für dieses Personal die Teuerung besteht und bei manchem sogar außerordentlich fühlbar wird. Doch kann in solchen Fällen ja die Bedürftigkeit geprüft und eine Teuerungszulage gewährt werden. Wollen wir hoffen und erwarten, daß sich die M. Anstaltsdirektionen der oberbayerischen Anstalten nicht als engberzig erweisen, sondern weiter ihren bisherigen Grundsatzen „allen anderen benachteiligten Anstalten voran“ betätigen, um auch in diesen Kreisen des Personals die Zufriedenheit zu erhalten.

Derner sind noch die Frauen und Angehörigen der im Krieg stehenden Anstaltsbediensteten von der Gewährung der Teuerungszulage ausgeschaltet worden. Das wurde in zwei Verfammlungen

anders sich anhören wie das Höllengertz unserer Artillerie, das um uns tobt. „Emschläge“, sagen die einen. „Kein“, sagen die anderen. „Wir hätten sonst das Deulen hören müssen.“ Aber es regt weiter nicht auf, man ist stumpf geworden dagegen; erst nach einiger Zeit erfahren wir, daß der Allieger zwei Bomben geworfen hat, die circa 500 Meter von uns in die Bagage unserer Bundesbrüder gefallen sind, ohne großen Schaden anzurichten. Inzwischen sind Wagen mit Kamelkaden nach vorn unterwegs, das Verbandzelt ist aufgeschlagen und verankert, der Operationsstich aufgestellt, im nächsten Haus Feuer gemacht und Wasser aufgestellt, um die Instrumente vor ihrer Benutzung zu durchbohren, der Apothekewagen gibt Binden, Verbandmaterial, Arzneimittel raus, die Ärzte haben sich ihrer Rode entledigt und das graue Spiel kann beginnen.

Da kommen sie auch schon, die ersten armen Opfer, nur Leichtverwundete, zum Teil zu Fuß, zum Teil auf zurückkommender Ambulanzwagen; schrecklich genug, aber für uns ein gewohnter Anblick. Wir wissen, es ist gewissermaßen um die Cuvertüre zu dem großen Drama, das wir täglich neu vor Augen haben. Kamelkaden springen zu, helfen ihnen von den Gefährten, bringen sie zum Operationszelt, sie bekommen Maffee oder Tee, wie es die Gulaschkanone gerade spendet, Zwiebad dazu; denn Turst haben sie alle, auch Hunger. Sie kommen nacheinander auf den Operationsstich, werden verbunden und dann nach dem bereitgestellten Haus, das vorn die Tafel „Transportfähige“ oder „Marischfähige“ trägt. Inzwischen ist die Meldung gekommen, daß die Opfer vorn schwer sind, und alle noch verfügbaren Mannschaften mit Wagen umtragen gehen nach vorn ab. Aber nicht lange, die Leichtverwundeten strömen inzwischen immer noch zu, da kommen unsere ersten

des Pflegepersonals, die am 17. und 18. Januar in Saar bezw. in Gabejee stattfanden, außerordentlich bedauert. Es wurde dort beschlossen, bei diesen Frauen helfend einzugreifen, damit auch sie in den Genuß der so notwendigen Zulage gelangen. Im übrigen erklärten sich die Versammelten, abgesehen von den erwähnten Ausnahmen, mit der beschlossenen Teuerungszulage einverstanden.

Dieses Beispiel in Oberbayern zeigt dem gesamten bayerischen Anstaltspersonal, wie etwas zu erreichen ist. Es war die Einheit und Geschlossenheit, die innerhalb der Kollegen schon seit einem Jahrzehnt vorhanden und auf Grund dessen schon mancher Erfolg zu buchen ist. Daran mögen sich auch die Kollegen in den übrigen Anstalten einmal ein Beispiel nehmen und für gleiches sorgen. Mögen sie einmal das Bestreben zeigen, die Organisation durch ihren Beitritt zu unterstützen, dann wird es auch bei ihnen für die Zukunft anders werden. Aber solange Uneinigkeit, Reid und Haß in den vordersten Reihen stehen, solange braucht an eine besondere Verbesserung kaum gedacht zu werden. Wollte daher jeder Kollege, jede Kollegin sich aufrufen, an einem Stränge zu ziehen, dann wird auch dem Anstaltspersonal ein besseres Los beschieden sein. Die Entscheidung liegt in unseren Händen selbst. A. Weigl.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Maier und Maierin Friedrich Kinderkrankenhaus. Das Personal des Kinderkrankenhauses hielt am 5. Januar eine gut besuchte Versammlung ab, in der Kollegin Friedrich einen „Mißblick auf das Jahr 1915“ gab. Trotz der Einwirkungen des Krieges und der auch im Kinderkrankenhaus herrschenden Miskulation des Personals konnte während des letzten Jahres eine Zunahme von 21 Mitgliedern konstatiert werden. In einer sehr lebhaften Aussprache beschäftigte sich dann die Kollegenschaft mit verschiedenen Anstaltsangelegenheiten und mit der neuen Teuerungszulage, von der zu befürchten ist, daß das in Mott und Lotts stehende Personal davon ausgeschlossen werden soll. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Landesverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Interessen des Personals dem Magistrat gegenüber vertreten wird.

Berlin. (Subligarten.) In der Versammlung am 11. Januar beschäftigte sich die Kollegenschaft nach einem Referat der Kollegin Friedrich ganz besonders mit der ab 1. Dezember 1915 gewährten neuen Teuerungszulage. Diese hat dem in Mott und Lotts stehenden Personal insofern eine schwere Enttäuschung gebracht, als dieses von der Zulage ausgeschlossen werden soll. Es wurde in der Versammlung wiederholt darauf hingewiesen, daß die in der Anstalt gewährte Mott nicht derartig ist, um auf die Dauer dabei zu bestehen, und daß die Kollegenschaft gezwungen ist, einen erheblichen Teil ihres Einkommens für Lebensmittel aus-

zugeben. Besonders aber beklagten die verheirateten Angestellten das hier zutage tretende mangelnde soziale Verständnis des Berliner Magistrats für das Pflegepersonal. Bei der Gewährung der erhöhten Teuerungszulage wird die Höhe derselben von der Kinderzahl der Arbeiter abhängig gemacht. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Zulage nicht nur für die Bedürfnisse des Arbeiters selbst, sondern auch für die seiner Familie und besonders für die seiner Kinder gezahlt wird. Nur gegenüber den in den Anstalten beschäftigten Arbeitern und Angestellten wird hier von einer Ausnahme gemacht, obwohl gerade diese am schwersten von der herrschenden Teuerung betroffen werden. Das Bargehalt eines Pflegers beträgt 55 bis im Höchstfalle 110 Mk. pro Monat, das eines Hausdieners nur 50 bis 60 Mk. Die Verheirateten unter ihnen haben Familien mit 3 und 4 Kindern, für die sie von diesem Einkommen Wohnung und Mott zu bezahlen haben. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob man im Ernst von diesen verheirateten Angestellten behaupten werde, daß sie von der Teuerung nicht betroffen würden? Die Versammelten wiesen mit Recht darauf hin, daß die Gewährung der Teuerungszulage, besonders an die verheirateten Angestellten, dem Magistrat keine erheblichen Kosten verursachen dürfte, da die Zahl der männlichen Beschäftigten ganz erheblich zurückgegangen ist. Besonders macht sich dies bei den Pflegern bemerkbar. Auf Säugern, auf denen sonst 5 und 6 Pfleger beschäftigt waren, ist jetzt nur noch einer tätig. Die Arbeit derselben aber ist dadurch noch bedeutend erschwert worden, daß die schwächsten und gefährlichsten Kranken den Pflegern zugewiesen werden, während die leichter zu behandelnden Kranken auf die Säugler kommen, in denen Pflegerinnen tätig sind. Die Kollegen haben bis jetzt in Anbetracht der besonderen Zeitverhältnisse willig die schwerere Arbeit und die Verminderung ihrer freien Zeit hingenommen, sie wenden sich aber mit Entschiedenheit dagegen, in der Frage der Teuerungszulage als Arbeiter minderen Rechts behandelt zu werden. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Landesverwaltung Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu beauftragen, die notwendigen Schritte zu unternehmen, die dazu dienen, die erhöhte Teuerungszulage auf das Personal der Kranken- und Pflegeanstalten auszudehnen.

Gallitz. Unsere Zilliale hielt am 17. Januar 1916 ihre Generalversammlung ab. Bei dieser Gelegenheit hielt Kollege Weigl-Augsburg über die Teuerungszulage der oberbayerischen Heil- und Pflegeanstalten einen Vortrag, wobei er u. a. ausführte: Schon im Juni 1915 haben sich die Angestellten der bayerischen Anstalten vereinigt, an ihre Direktionen und die A. Kreisregierung heranzutreten, um einen kleinen Ausgleich ihrer Gehälter gegenüber der allgemeinen Teuerung zu erreichen. Der Erfolg war, daß eine Gehaltsgrenze von 1400 Mk. festgesetzt wurde, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß Nebenbezüge nicht in Anschlag gebracht wurden. Dessen ungeachtet kamen nur sehr wenig Kollegen in den Genuß der Zulage, die für jedes Kind unter 15 Jahren 3 Mk. pro Monat betrug. Deshalb wurde auch durch die Verwaltungsleitung eine neuerliche Eingabe an die zuständigen Stellen gerichtet, die ja erfreulicherweise eine bessere Gehaltsgrenze der Verhältnisse brachte. Zu unserem größten Leidwesen wurde das

Armenwagen zurück, beladen mit Eiern, die es schwer geackert hat. Prusischüsse, Rauch- und Mopfschüsse, schwere Artillerieverwundungen, notwendig verbunden, die Verbände durchbluten. Die Leute sind zum Teil bewußtlos. Und das sind die Glücklichsten. Sie spüren es nicht, wenn sie herumgehoben und zum Zelt getragen werden, höchstens daß ein Wimmern sich ihrem Munde entnimmt. Aber die anderen, die bei Bewußtsein sind, deren Schmerzen schrecklich sein müssen, und die nun schon 2-3 Kilometer auf diesen elenden russischen Wegen gefahren werden mußten. Wie oft haben wir es nicht gehört, den schrecklichen Ausruß beim Aufladen oder Abladen: „Rast mich doch nicht an, laßt mich doch lieber liegen, ich halte es nicht aus.“ Und doch müssen wir ihn anfassen, mit aller möglichen Schonung zwar, aber doch ihm Schmerzen bereiten. Am Kopf vorne oder am Dens trägt jeder ein sogenanntes Wundtäfelchen, auf dem die Art der Verwundung vermerkt ist und nach dem man sich beim Anfaßen richtet, um die getroffenen Körperstellen möglichst nicht zu berühren. Wie weh wird einem da ums Herz, wenn man diese armen Schächer auf den Operationsstiften bettet. „Eberckentelidung, Knochenbrüchigkeit“, meldet das Wundtäfelchen. Das franke Bein ist mit einer Zaunlatte, einem Stück Brett, einem Baumast, wie er dort vorn gerade zu haben war, notwendig gesichert und fest an das gesunde gebunden, weil jede Bewegung in der Prusische unerschütterliche Schmerzen verursacht. Auf dem Tisch wird der Verband gelöst, mit der Schere die Hufe aufgeschnitten, die Fäden auch der durchbluteten Unterwäsche entfernt, und die beiden Arzte untersuchen die Wunde. Ein Granatplitter hat oft die Knochenplitter durch das Fleisch getrieben, Sehnen, Muskeln und Fleisch ein Chaos. Ein verständiger Witz der Arzte, einige lateinische Worte und der eine der Arzte

beugt sich über den Armen und sagt: „Kamerad, es sieht böß aus, wir werden einen Eingriff machen müssen.“ „Wollen Sie das Bein abnehmen?“ „Nein, nein,“ tönt es wieder und dann beständig: „Kamerad, es muß sein, die Wunde ist zu schwer, das Bein wird nie wieder gebrauchsfähig, auch ist die Wunde durch Metzerfetzen verunreinigt, es kann sehr leicht Brand oder Wundstarrkrampf eintreten und so erhalten Sie sich wenigstens mit einem Bein ihrer Familie und dem Leben, während es evtl. morgen schon zu spät ist. Sie merken es auch gar nicht, spüren keine Schmerzen.“ So geht es dann eine Zeit hin und her, bis sie den armen Mekl von der Notwendigkeit überzeugt haben. Aber dabei muß man die Augen und den Gesichtsausdruck dieses armen Menschen ansehen haben. Diese schreckliche Aussicht, ein Glieder, ein Starke wirst du, wie sie dich forttrifft von Weib und Kind, ein Krüppel lehrst du wieder. Was müssen das für Augenblicke sein, bis er seine Zustimmung gibt? Und so oft ich es mit erlebt, so oft mich ich mit formenden, weil mir die Augen feucht werden, daran gewöhnen sich wohl nur Menschen, die kein Herz haben für ihre leidenden Brüder. — Er hat zugestimmt. — Karlose, sagt der Arzt, der Sanitätsoffizier steht schon die ganze Zeit am Kopfende mit Nase und Chloroformtopfplaste, die Nase senkt sich auf das Gesicht. „Zählen Sie“, heißt es, und allmählich, manchmal schneller, manchmal schwerer kommt die glückliche Bewußtlosigkeit. Messer, Schere und Säge treten in Tätigkeit, 20 Minuten später — ein bewußtloser Krüppel wird in das Haus für Schwerverwundete getragen, während schon wieder ein neuer, vielleicht noch schwererer Fall, auf dem Schlachtfeld liegt. Und so geht es fort, die lange Nacht hindurch, bis Ruhe eintritt oder Ablösung kommt. E. E.

ledige Personal und die Familien jener Kollegen, die Decresdienst leisten, auch von dieser Zulage nicht bedacht. Es wäre dies nicht unbillig gewesen, da jenen Pflegern und Bediensteten, die den Beamtenrang nicht besitzen, das Gehalt um 30 M. gekürzt, das heißt, es wird ihnen das Mohngeld nicht bezahlt, was eben bei den Pflegern mit Beamteneigenschaft nicht der Fall ist. Der Referent verlas sodann den neuen Regierungsbeschluss, dessen Wortlaut sich auf Spalte 12 dieser Nummer befindet.

Kollege Weigl machte dann noch darauf aufmerksam, daß die Kollegen mit dieser Aufbesserung zufrieden sein könnten, da die M. Regierung doch mehr bewilligt hätte als dem übrigen Personal im bayerischen Staatsdienst. Es werde jedoch noch versucht werden, auch für diejenigen die Zulage zu erreichen, denen das Mohngeld abgezogen wird. Der Referent forderte die anwesenden Mitglieder noch auf, treu an der Sache zu halten und eifrig mitzuarbeiten, um dann, wenn unsere Kameraden vom Felde heimkehren, diesen sagen zu können, wir haben eure Organisation hochgehalten und übergeben euch diese als immer noch festes Werk. — Hierauf gab der Kassierer einen erläuternden Ueberblick über die Massenverhältnisse, der gedruckt vorlag. Für die besonders präzise Kasienführung sprachen auch die Revisoren ihr Lob aus, deren Wichtigkeit sie betätigten, worauf der Kassierer entlassen wurde. Die Neuwahlen ergaben mit wenig Ausnahmen das alte Gebilde, da die alten Kollegen die verschiedenen Ämter in anerkennenswerter Weise wieder annahmen. Ein Kollege vom Ersatzpersonal regte noch an, es möge dahin gewirkt werden, daß bei ihnen im Krankheitsfalle das Gehalt weiterbezahlt wird, wie es auch schon bei Beginn des Krieges der Fall war. Kollege Weigl versprach, in dieser Sache bei den einschlägigen Behörden vorstellig zu werden. Der Vorsitzende gedachte dann noch der Kollegen in bezüglichen Worten, die ihr Leben dem Vaterlande opferten und knüpfte daran den Wunsch, daß das Schicksal der Filiale weitere Verluste ersparen möge und alle Kollegen heil und gesund zurückkehren möchten. Er schloß darauf die Versammlung. Es sei noch ein kurzer Bericht über den Mitgliederstand gegeben. Er ist durch die jetzigen Verhältnisse einem beständigen Schwanken unterworfen, und bei einem durchschnittlichen Stand von 45 Mann ist es immer sehr erchwert, neue Mitglieder zu finden. Bei Beginn des Krieges zählte die Filiale 202 Kollegen. Diese Zahl war am 1. Oktober 1914 schon auf 54 gesunken, und ein Jahr später waren es noch 44. In diesem einen Jahr wurden aber immerhin 16 Rekrutierungen gemacht, während 19 Kollegen zum Decresdienst eingezogen wurden. Von dem alten Mitgliederstand werden ungefähr 180 Kollegen zum Militär eingezogen sein. Von diesen sind 77 verheiratet und haben insgesamt 121 Kinder. Für das Vaterland geben 16 Kollegen ihr Leben, während 2 vermählt sind, 2 sich in Gefangenschaft befinden. Es wäre hier an dieser Stelle wohl noch manches zu besprechen, aber einmal ist jetzt die Zeit nicht dazu, da auch wir den Burgfrieden hochhalten wollen, andererseits hören wir ausß Seite, daß sich die M. Regierung bew. der oberbayerische Landrat doch noch entschließt, dem etatsmäßigen Personal ohne Beamteneigenschaft das Mohngeld auszubezahlen oder wenigstens diesem die Feuerungszulage zuzumessen zu lassen. Es muß gesagt werden, daß die einschlägigen Behörden uns immer wohlwollend entgegengekommen sind; und wir hoffen auch hier, nochmals ein williges Ohr zu bekommen.

Mautbeuren. In den schwäbischen Heil- und Pflegeanstalten, wo man in Personalangelegenheiten immer hinten nachhinkt, wird, wie wir erfahren, auch eine Feuerungszulage an das verheiratete Personal bezahlt. Alten Traditionen angepaßt, können es nur jene erhalten mit Kindern, die für das Kind monatlich 3 M. bezahl erhalten. In den maßgebenden Anstalten, die diese Feuerungszulage verweigern haben, weiß man anscheinend nicht, daß auch die Frauen des verheirateten Personals an dieser Feuerung zu leiden haben. Es ist dies, soweit uns bekannt, die einzige Perichelstelle, wo man das verheiratete Personal ohne Kinder vollständig von der Feuerungszulage ausschaltet. — Der schwäbische Landrat hat andererseits in seiner Verhandlung im November v. J. zum zweiten Mal beschlossen, dem Pflegepersonal endlich den lang gewünschten und geforderten wöchentlichen freien Ausgang von 24 Stunden zu gewähren. Das erste Mal wurde dies in den Landratsverhandlungen im Jahre 1914 beschlossen. Doch die M. Anstaltsdirektion in Mautbeuren hielt die Durchführung nicht für notwendig, weil angeblich ein Mangel an Personal sei. Es kann sich das Gesamtpersonal nur freuen, daß dieser Personalmangel ein Jahr später im Krieg behoben worden ist und die Einführung dieses Ausgangs zur Durchführung gelangt. Ferner wird dem Personal auf den schweren Abteilungen täglich eine Stunde Aube- pause zur Erholung gewährt. Dies ist sicher zu begrüßen, weil es nicht allein eine Wohltat für das Personal, sondern auch eine Anerkennung des schweren Anstaltsdienstes ist, der bisher immer als einer der schönsten und beamteten eingestuft wurde. Vielleicht ist dies endlich der Anfang zu den vielen in diesen M. Anstalten notwendigen Verbesserungen.

Aus der Praxis.

Heilung von Knochenverletzungen. In der Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft am 8. Dezember besprach Dr. Bergel aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für experimentelle Therapie eine neue Methode, die Knochenbildung auf biologischer Grundlage anzuregen, wenn, wie dieses manchmal bei Knochenbrüchen vorkommt, die Neubildung des Kallus sich verzögert oder gänzlich ausbleibt. Auf Grund zahlreicher Versuche war Bergel zu dem Schluß gekommen, daß der Blutfaserstoff, der bei der Verletzung aus dem Blute mit ablagert, den Anreiz zur Kallusbildung abgibt. Durch Einspritzung des Fibrins unter die Knochenhaut des unverletzten Knochens war gelungene Knochenbildungen häufig hervorgerufen. Auf Grund dieser Versuche hat Bergel in geeigneten Fällen, wenn die Neubildung des Knochens sich verzögerte, bei Knochenbrüchen an Menschen Fibrin eingespritzt und in 26 Fällen völlige Heilung, in 12 Fällen wesentliche Besserung und nur in zwei Fällen keinen Erfolg erzielt. Die Behandlung ist sehr einfach und hat bisher keinen Schaden hervorgerufen.

Rundschau.

Zeit. Als der Krieg ausbrach, da erkannte alle Welt die ganze Bitterkeit des beginnenden Völkerrings, aber die meisten nahmen auch an, daß es mit diesem blutigen Ringen nicht lange währen könne. Darüber sind nun alle eines anderen belehrt worden. Anderthalb Jahre währt nun bereits der Kampf. Die Welt hatte damals noch keine Ahnung von der Kompazität eines modernen Völkerrings. Erst jetzt sehen wir, aus wievielen Einzelkämpfen eine Schlacht der Rassen besteht, aus wievielen Einzelheiten ein großes Kriegsergebnis, aus wievielen und wie unendlich langen Kämpfen ein modernes Kriegsgebiet, und da können wir verstehen, daß zu solch einer entscheidenden kriegerischen Entwicklungszeit gehört. Jede Entwicklung verlangt ihre Zeit, und um so mehr Zeit ist für eine Entwicklung nötig, auf ein je weiteres Gebiet sie sich erstreckt. Nebenlich ist es auch im geistigen Ringen einer Volksgemeinschaft. Auch im friedlichen Völkerverleben spielen sich Kämpfe ab, Kämpfe um die weitere kulturelle Entwicklung, und auch hierbei ist ein Einzelerfolg leichter möglich. Wir können einen einzelnen leicht zu unserer Gedankenwelt hinüberfahren, aber bis alle einzelnen sich zu uns betonen und bis sich die neue Welt durch die Ueberlieferung der Ueberzeugung auf Mind und Minderfind zu einer anders nicht mehr möglichen Dergenside gebildet hat, ohne die ein Sein für den einzelnen nicht mehr ist, bis dahin ist viel, viel Zeit nötig. Darum kann ein natürlich und entwicklungsgezielt denkender Mensch es wohl verstehen, wenn es lange währt bis zum Ziele, und da freut er sich über jeden Einzelerfolg, der uns dem Ziele entgegenführt, da freut er sich aber auch um so mehr, wenn er ahnt, daß es bis zum Ziele nicht mehr weit ist. Und so steht ein Ahnen in unserem Volke, daß es mit der neuen Friedenswelt nicht mehr zu weit ist, so steht aber auch ein Ahnen in so großen Scharen, daß nach so vielen harten Einzelkämpfen uns auf dem Gebiete sozialer Kultur eine neue Zeit nicht mehr allzu fern ist. Zeit währt es bis dahin immer noch, aber wir ahnen diese kommende Welt, denn wir fühlen an all den Ereignissen des Lebens den Weg, den die Entwicklung nimmt. Jedes große Ding will seine Zeit haben und das heißt, es will haben Entschlossenheit und Treue der Kämpfer.

ist Mut Nervensache? Wer ist mutig? Dr. Alois Czepo beantwortet in der „Allgemein“ diese Frage auf Grund seiner in diesem Kriege gemachten Erfahrungen mit dem Satz: Wer gute Nerven hat. Dr. Czepo hat in unzähligen Fällen während seiner feldärztlichen Tätigkeit beobachtet, daß Soldaten und Offiziere, die zu Beginn des Krieges mit der größten Todesverachtung die unerbitterten Wagnisse vollbrachten, im stillen seiner Beobachtungen machten, Berechnungen vornahmen usw., nach längerer Teilnahme im Kriege nur noch mit Aufbietung ihrer ganzen Willenskraft ihre äußere Ruhe bewahrten. Sie sind „nervös“ geworden; ihr Nervenapparat reagiert in viel stärkerer Art auf Angriffe von außen. Besonders stark tritt die Veränderung bei solchen Personen hervor, die infolge einer in ihrer Nähe platzenden Granate oder in einem besonders heftigen Trommelfeuer einen sogenannten Hof — man spricht je direkt von „Granatenhof“ — erlitten haben. Die Verletzten sind oft längere Zeit beschlammlos; sie befinden sich dann im Zustandeurchbarster Aufregung, sind unfähig, zu sprechen, ihre Gedanken zusammenzunehmen, verlassen ihren Posten, verkröchen sich, bekommen Weinkämpfe usw. Wer einen solchen Hof erlitten hat, wird, auch wenn er sich später erholt, selten seine alte Muthätigkeit wieder gewinnen. Er zittert vor der Gefahr und trotz ihr nur mit Aufbietung seines ganzen Willens aus einem starken Pflichtbewußtsein heraus, während er ihr früher gewissermaßen lachend gegenüberstand.